

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

4.2.1931 (No. 29)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3616

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Kneib,
Karlsruhe

Wegzugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühren: — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigenpreis: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bedruckt. Bei Anzeigebekanntmachung, z. B. bei Versteigerung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Kraftausbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Reichsaufträge und Länder

Zur Elektrifizierung Augsburg—Stuttgart

Im Finanzausschuß des Bayerischen Landtags ist ein Antrag der Bayerischen Volkspartei einstimmig angenommen worden, wonach sich die bayerische Staatsregierung mit dem Reich und den anderen deutschen Ländern dahin verständigen soll, daß in Zukunft bei allen zentral vergebenen Reichsaufträgen die Mitwirkung der Ausgleichsstelle der Länder in Verbindung mit den Landesauftragsstellen sichergestellt wird.

Die „Bayr. Staatsztg.“ weist im Zusammenhang auf eine statistische Arbeit des Abgeordneten Rauch im „Deutschen Süden“ hin, der nachgewiesen hat, daß Preußen in der Zeit seit dem Kriege über seinen schließlichen Anteil hinaus an Reichsaufträgen ein Mehr von rund 5 Milliarden aus allgemeinen Steuermitteln erhalten hat. Der Anteil an den Reichsaufträgen, der in der gleichen Zeit auf Bayern fiel, hat sich als eine Milliarde zu wenig herausgestellt.

Für die Elektrifizierung der süddeutschen Bahnstrecke Augsburg—Stuttgart ist eine Ausgabe von 50 Millionen Reichsmark vorgesehen. Bei ähnlichen Arbeiten, die in der jüngsten Zeit ausgeführt worden sind, wurde auf Beschwerde hin bei der Verteilung der Aufträge von der Berliner Zentralstelle darauf hingewiesen, daß man die regionalen Verhältnisse berücksichtigen und die nächstliegenden Industrien beschäftigen müsse. Dieser Modus wurde bei der Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahn angewendet. Bei diesem Projekt, für dessen Ausführung an die 100 Millionen Reichsmark oder noch etwas darüber angewendet worden sind, wurden 90 Prozent nach Norddeutschland und nur 10 Prozent nach Süddeutschland vergeben. Die Elektrifizierung der Reichsbahnstrecke Augsburg—Stuttgart gibt nun Süddeutschland unbedingt das Recht, für sich den gleichen Verteilungsmodus zu verlangen, das heißt mit anderen Worten, daß unter Bezugnahme auf den alten Spruch „Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig“ Süddeutschland für sich beansprucht, bei dem neuen Bauauftrag mit mindestens 90 Proz. der zu vergebenen Aufträge bedacht zu werden. Es ist nicht so, daß in Süddeutschland keine Industrie vorhanden wäre, die zur Ausführung der Arbeiten geeignet sei. Bei dieser Gelegenheit wäre zu untersuchen, ob sich die süddeutschen Länder, vor allen Dingen Bayern und Württemberg, und auch Baden in diesen Tagen nicht zu einer gemeinsamen wirtschaftlichen Front zusammenschließen sollen.

In den nächsten Tagen soll das Kuratorium, das über die Verteilung der Aufträge zu befinden hat, in Berlin zusammenzutreten. Es ist — so schreibt das Organ der bayerischen Regierung — des Schwere der süddeutschen Abgeordneten im Reichstag, gleichviel, welcher Partei sie angehören, wohl wert, sich hier einzufinden und entsprechend zu handeln. Auch die Vertreter der süddeutschen Regierungen beim Reich müssen im gegenwärtigen Moment ihre Aufgabe voll erfüllen und alle ihre Kraft darauf verwenden, daß Süddeutschland bei der Vergabe der Aufträge an der Strecke Augsburg—Stuttgart nicht wieder so behandelt wird, wie es die Reichsische Statistik für die Vergangenheit nachgewiesen hat.

Wirtschaftliche Lohnpolitik

Ein Verzicht des Reichsarbeitsministers

Auf den Antrag, eine für den Bereich dreier westdeutscher Regierungsbezirke vor einigen Monaten abgeschlossene Lohnvereinbarung für allgemeinverbindlich zu erklären, hat der Reichsarbeitsminister folgenden Verzicht erteilt:

„Die derzeitige Wirtschaftslage läßt es nicht tunlich erscheinen, Löhne, die sich weit über den Lohnsatzdurchschnitt der für den Weltmarkt arbeitenden Industrien erheben, im Wege staatlichen Zwanges Dritten aufzuerlegen. Der im oben bezeichneten Tarifvertrag vereinbarte Lohnsatz von 1,70 Reichsmark liegt zweifellos an der obersten Grenze aller Lohnsätze des Tarifgebietes. Ich sehe daher aus Bedenken grundsätzlicher Art davon ab, Ihrem Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitsklärung stattzugeben und habe das Verfahren eingestellt.“

Dazu schreibt die „Deutsche Tageszeitung“: „Diese Antwort bestätigt die schon aus dem früheren Verhalten des jetzt amtierenden Reichsarbeitsministers gewonnene Überzeugung, daß Dr. Stegerwald die Lohnpolitik aus dem starren und gefährlichen Schematismus des vergangenen Jahresinhalts zu lösen und auf eine wirtschaftliche Grundlage zurückzuführen sich bemüht. Eine der größten — neben vielen anderen — Fehler der amtlichen Lohnpolitik nach der Stabilisierung hat darin bestanden, die Höhe der Löhne auf die den Druck des Weltmarktwettbewerbes ganz oder zum großen Teil entzogenen Industrien abzustellen und dadurch diejenigen Gewerbe und Industrien, die unter dem Konkurrenzdruck des Auslandes leiden, zu zwingen, sich diesen Löhnen irgendwie anzupassen.“

Stegerwald hat, das soll gern anerkannt werden, die Unerträglichkeit dieses Zustandes rechtzeitig erkannt und schon in früheren Fällen es abgelehnt, Lohnvereinbarungen inlandsbestimmter Industriegruppen für verbindlich zu erklären, deren Lohnsätze weit über denen anderer, im Wettbewerb stehender Industriegruppen lagen. War doch immer wieder die Beobachtung zu machen, daß allein schon die Tatsache unerbittlich differenzierter Lohnverhältnisse in einem bestimmten Bezirk Anreiz und Anlaß gab zu Lohnbewegungen der sich nachteilig fühlenden Gruppen, Bewegungen, die den für die Wirtschaft dringend notwendigen Ruhezustand überhaupt nicht mehr aufkommen ließen. Der in dem oben wiedergegebenen Schreiben mit aller Klarheit niedergelegte Standpunkt des Ministers ist daher grundsätzlich zu begrüßen.“

Die englische Wahlreformvorlage wurde am Dienstag vom Unterhaus in zweiter Lesung angenommen.

Letzte Nachrichten

Die Anträge auf Steuererleichterungen

Erklärungen des Reichsfinanzministers

W.D. Berlin, 4. Febr. (Tel.). Auf der Tagesordnung des Steuerausschusses des Reichstages standen am heutigen Mittwoch Anträge zum Mineralwassersteuergesetz, zur Aufhebung der erhöhten Umsatzsteuer der Konsumvereine und Warenhäuser, zur Aufhebung der Lohnsteuer und schließlich auch noch Anträge, die die Offenlegung der Steuerlisten wünschenswert. Dazu gab Reichsfinanzminister Dietrich folgende Erklärung ab:

Die Annahme der heute zur Debatte stehenden Anträge wird zusammen mit anderen vom Reichstag geforderten Ermäßigungen große Summen kosten, und zwar die Aufhebung der Mineralwassersteuer 30 Mill., die Beschränkung der Gemeindegetränksteuer auf alkoholfreie Getränke 30 Mill., die Aufhebung der erhöhten Umsatzsteuer 27 Mill., wenn dazu noch die neulich geforderte Befreiung der pasteurisierten Milch von der Umsatzsteuer mit 8 Mill. hinzukommt, so bedeutet das einen Ausfall von insgesamt 95 Mill., von denen 24,5 Mill. auf das Reich und 70,5 Mill. auf Länder und Gemeinden entfallen. Dabei sehe ich noch ganz ab von dem kommunalistischen Vorschlag, der viele Hunderte von Millionen Reichsmark kosten würde. Ich habe Verständnis für die Befreiung der Pastormilch von der Gemeindegetränksteuer und der pasteurisierten Milch von der Umsatzsteuer. Aber auch bei der gegenwärtigen ersten Finanzlage nicht nur im Reich, sondern auch in den Gemeinden, muß ich dringend davor warnen, noch in diesem Etatsjahre Steuererleichterungen vorzunehmen.

Mit den Stimmen der hinter der Regierung stehenden Parteien wurde daraufhin beschlossen, die Beratung des Antrages über die Offenlegung der Steuerlisten bis zur Vorlegung der Denkschrift, die vor ihrem Abschluß steht, auszusetzen und die Abstimmung über die übrigen Anträge mit Rücksicht auf die Erklärung des Reichsfinanzministers über die gegenwärtige Finanzlage im Reich, Ländern und Gemeinden zu vertagen.

Bauernvertreter beim Reichskanzler

W.D. Berlin, 4. Febr. (Tel.). Vertreter der Bauernschaft wurden heute vom Reichskanzler in Gegenwart des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichsministers Treutmann zur Aussprache über die agrarpolitische Lage empfangen.

Die Vertreter der Bauernschaft wiesen auf die außerordentlich schwierige Lage der bäuerlichen Veredelungswirtschaft hin, hervorgerufen durch die Konkurrenz des Auslandes unter gleichzeitiger Verteuerung der Futtermittelbasis und verschärft durch das Fehlen leistungsfähiger Absatzorganisationen. Es wurde eine sofortige Finanzmaßnahme dieser Probleme durch reichsgesetzliche Regelung erbeten. Dem Reichskanzler werden alsdann Vorschläge betreffend die besondere Berücksichtigung der bäuerlichen Interessen beim Kartoffelbau und bei der Regelung der Zuckerwirtschaft unterbreitet.

Der Reichskanzler sagte zu, daß die vorgeschlagenen Wünsche bei den in Angriff genommenen Gesetzgebungsarbeiten nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollten.

Abgelehnter Schiedsspruch im sächsisch-thüringischen Webereikonflikt

W.D. Greiz, 4. Febr. (Tel.). Der Schlichter für Mitteldeutschland und Sachsen in Leipzig hat im sächsisch-thüringischen Webereikonflikt einen Schiedsspruch gefällt, dahingehend, daß die vom Verband der sächsisch-thüringischen Webereien gekündigten Tarife vom 31. März 1930 noch bis zum 11. Februar 1931 in Kraft bleiben, und vom 12. Februar ab die Löhne eine Senkung um 6,1 bis 6,4 Proz. erfahren sollten. Die Webereien wollten eine Lohnreduzierung auf den Stand von 1927 herbeiführen. Von den Textilarbeitergewerkschaften wurde der Schiedsspruch jetzt abgelehnt, die Arbeitgeber nahmen ihn an. Die Verbindlichkeitsklärung durch den Reichsarbeitsminister ist beantragt worden. Ein Termin für neue Verhandlungen steht noch nicht fest. — In Frage kommen etwa 25 000 Arbeiter im Verbandsgebiet.

Französischer Kredit für die Arbeitslosenfürsorge

W.D. Paris, 4. Febr. (Tel.). Die Regierung hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Eröffnung eines neuen Kredits von 13 Millionen Franken zugunsten des Arbeitslosenfonds vorsieht.

Bankrottverfahren gegen die Bank Duxtrie

W.D. Paris, 4. Febr. (Tel.). In seiner gestrigen Sitzung hat das Handelsgericht die bereits gerichtlich verhängte Liquidierung der Bank Duxtrie in die Einleitung des Bankrottsverfahrens gegen dieses Unternehmen umgewandelt.

Dr. Schnee 60 Jahre alt. Der ehemalige Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Dr. Heinrich Schnee, W. d. R., begeht am 4. Februar seinen 60. Geburtstag. Der Reichspräsident hat Dr. Schnee in seinem persönlichen Schreiben herzliche Glückwünsche übermittelt. Reichsaussenminister Dr. Curtius hat in seinem Glückwunschschreiben die großen Verdienste, die sich Erz. Schnee als letzter Gouverneur von Deutsch-Ostafrika und als Kämpfer gegen die Kriegsschuldfrage erworben hat, hervorgehoben.

* Ein Schulfall

In Ruhrt-Weiderich finden seit einigen Wochen Verhandlungen statt, die in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht außerordentlich interessant sind und als ein neuer Beleg dafür bewertet werden können, daß unser sozialpolitisches System im Interesse der Wirtschaft und damit im Interesse des Arbeitnehmers selbst revidiert werden sollte.

Was ist in Ruhrt-Weiderich geschehen? Die Vereinigten Stahlwerke sind, wie so viele große und kleinere Firmen, am Ende ihrer Kraft angelangt. Es ist ihnen unmöglich, den Hüttenbetrieb in Ruhrt-Weiderich aufrechtzuerhalten. 7000 Mann würden entlassen werden, wenn die Firma schließt. Die Stahlwerke haben nun den Gewerkschaften erklärt, daß sie von diesen 7000 Mann etwa 4000 behalten, also den Betrieb zur größeren Hälfte fortführen könnten, wenn man mit einer 20prozentigen Lohnkürzung einverstanden sei. Die Stahlwerke haben darauf hingewiesen, daß sie ihre Gießungskosten senken müßten, um wieder Aufträge hereinzubekommen.

Es haben nun Verhandlungen stattgefunden zwischen der Betriebsleitung und den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften gingen von der Ansicht aus, daß eine Zustimmung zu dem Vorschlag der 20prozentigen Lohnkürzung zu einer Durchlöcherung sämtlicher Tarifverträge und zu einer allgemeinen 20prozentigen Lohnkürzung führen werde. Der Versicherung, daß derartige Pläne nicht bestünden, und daß es sich hier um einen Einzelfall handle, haben sie keinen Glauben geschenkt, da neutrale Sachverständige den Standpunkt vertreten hätten, die gegenwärtige Lage der Eisenindustrie erfordere eine allgemeine Reduktion der Löhne um 20 Proz.

So haben sich die Gewerkschaften aller Richtungen gegen den Vorschlag der Vereinigten Stahlwerke ausgesprochen. Es hat dann eine Abstimmung der Betriebsräte stattgefunden. Und sie hatte das immerhin bemerkenswerte Resultat, daß der Angestelltenbetriebsrat den Vorschlag annahm, während der Arbeiterbetriebsrat ablehnte. Die Angestellten sind also der Meinung, daß es immer noch besser ist, 80 Proz. ihres bisherigen Gehalts zu erhalten, als brotlos zu werden und der Arbeitslosenversicherung anheimzufallen. Die Urabstimmung der Gesamtbelegschaft über den Vorschlag wird heute erfolgen. Es wird damit gerechnet, daß sie negativ ausfällt.

Die Angelegenheit selbst erfordert die größte Aufmerksamkeit aller politisch interessierten Kreise. Daß die Stilllegung der Hütte für den ganzen Bezirk einen schweren Schlag bedeutet, und daß dadurch auch Handel, Handwerk und Hausbesitz hart getroffen werden, kann man sich denken. Es werden keine Steuern gezahlt werden, und allenthalben wird sich im Verbrauch die Stilllegung in drückender Weise bemerkbar machen. Denn die Arbeitslosenversicherung und sonstige Zuschüsse aus den Gewerkschaftskassen können natürlich den Lohnausfall nur bis zu einem gewissen Teil ersetzen. Es ist zu begreifen, daß auch von der Stadtverwaltung alle Anstrengungen gemacht werden, um die Stilllegung zu vermeiden.

Eines ist sicher — und damit kommen wir zum Hauptpunkt der ganzen Angelegenheit —: wenn es keine Arbeitslosenversicherung mit ihren gesetzlich garantierten Unterstützungsbeiträgen gäbe, würde es zu keiner Stilllegung der Hütte kommen, weil dann der Vorschlag der Vereinigten Stahlwerke angenommen werden würde. Daß sich über diesen Vorschlag — so große Entbehrungen er auch den Betroffenen auferlegen mag — diskutieren läßt, zeigt am besten das Verhalten des Angestelltenbetriebsrats, der der 20prozentigen Lohnkürzung zugestimmt hat, um Schlimmeres zu vermeiden. Das darf und kann unter keinen Umständen der Sinn und die Auswirkung einer Arbeitslosenversicherung sein, daß sie den Arbeitnehmer in seinen Lohnkämpfen stützt gegenüber der Unternehmerschaft, die gesetzlich vorgeschriebene, von der Allgemeinheit gespeiste Unterstützungsstellen im Falle der eigenen Erwerbslosigkeit nicht zur Verfügung hat. Und das kann der Sinn einer Arbeitslosenversicherung nicht sein, daß sie gewissermaßen schon allein durch ihr Vorhandensein neue Arbeitslosigkeit erzeugt. Wenn dem doch so ist, dann ist die Reform dieser Arbeitslosenversicherung eines der dringendsten Gebote der Stunde.

Es ist auch die Rede davon, man könne jetzt ja für den Weidericher Fall auf den Dietrichschen Vorschlag einer Lohnsubvention zurückgreifen. Woher aber die Mittel nehmen? Die Reichsversicherungsanstalt für Arbeitslose hat sie nicht. Und auch hier sollte die Erwägung ab-

schreden, daß die Lohnsubvention im vorliegenden Falle doch nur dazu führen würde, in einem Lohnkonflikt einseitig für die eine Gruppe Vorteile zu schaffen. Man sollte die Regelung derartig strittiger Fragen der Wirtschaft selbst überlassen. Wenn die Eisenindustrie im Ruhrgebiet bei den jetzigen Löhnen nicht mehr produzieren kann, dann müssen eben die Betriebe stillgelegt werden, oder die Löhne müssen sinken. Es gibt keine Macht auf der Welt, die eine andere Entscheidung erzwingen könnte.

Die Erdbebenkatastrophe auf Neuseeland

Mehr als 1000 Todesopfer?

W.B. Wellington, 4. Febr. (Tel.) Aus den letzten Meldungen scheint hervorzugehen, daß die Zahl der Todesopfer bei dem Erdbeben viel größer ist, als ursprünglich angenommen. Die staatlichen und städtischen Behörden in Hastings schätzten die Zahl der Todesopfer in dieser Stadt auf mehr als 100, von denen viele noch unter den Trümmern liegen. In Napier, mit welcher Stadt die Verbindungen noch nicht wiederhergestellt worden sind, soll die Zahl der Toten weit über 100 betragen. Flüchtlinge aus Napier, die eben hier eingetroffen sind, sprechen sogar von 1000 Todesopfern. Aus der kleinen Stadt Taradale wird gemeldet, daß dort 30 Personen umgekommen sind.

Das Erdbeben im nördlichen Teil Neuseelands hat gewaltigen Schaden angerichtet. Napier liegt 320 km nordöstlich von Wellington und zählt 19 000 Einwohner. Sie ist der Hafen und Hauptort von Hawkes-Bucht, North-Island und hat am meisten gelitten. Auch die Stadt Hastings, die einige Meilen von Napier entfernt liegt, ist schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Dort haben mehr als 100 Menschen ihr Leben verloren und hunderte sind verletzt worden. Auf das Erdbeben folgten einige Flutwellen. Viele Menschen wurden in den Straßen durch die einstürzenden Häuser getötet. Das Erdbeben hat die ganze Küste verändert. Viele Klippen sind ganz oder teilweise ins Meer gestürzt. Bluff Hill, eine über den Hafen von Napier ragende Höhe, stürzte in die Bucht. Allenfalls fanden Erdstöße statt. In der Stadt brachen große Brände aus. Wie verlautet, wird ein großer Teil des bei dem Erdbeben angerichteten Schadens von Londoner Versicherungsfirmen getragen werden müssen.

Es kommen immer neue Nachrichten aus dem Erdbebengebiet. Es haben sich breite Erdrisse gebildet. Der Meeresboden im Hafen von Napier hat sich um 6 Meter gehoben. Infolgedessen sind sogar kleinere Fahrzeuge nicht mehr imstande, in den inneren Hafen einzulaufen. Die Erdbebenzeichnungen in Wellington zeigen, daß das auf den Hauptstoß folgende Beben volle fünf Stunden andauerte. Das Zentrum des Bebens lag wahrscheinlich östlich von Napier, wo sich das Ozeanbett gehoben haben dürfte. In Napier ist es kaum möglich, auf den Straßen vorwärts zu kommen. Die Straße von Hastings nach Napier ist an einigen Stellen vollständig versunken. Die Marinepromenade bildet eine einzige Straße zusammengebrochener Häuser. Überall trifft man obdachlose Familien. Alle Bankgebäude in Napier sind eingestürzt, das ganze Geschäftsviertel ist eingeseichert. Das neue Stadt-Theater ist ausgebrannt, ebenso die noch nicht fertiggestellte St. Paulskirche. Die Kathedrale ist unwiederherstellbar beschädigt. Die Klippen stauen sich. Das große Waffin im Hafen von Napier ist jetzt trodenes Land und längs der Wege ziehen sich Spalten in einer Länge bis zu 20 Meter hin.

Hilfsmaßnahmen

W.B. Wellington, 4. Febr. (Tel.) Eine polizeiliche Verordnung verbietet allen Unbefugten und mit keinen besonderen Erlaubnisbescheinigen versehenen Personen, weiter als Dammstraße (eine Station der Eisenbahn Wellington-Napier) zu reisen, damit das Rettungswerk nicht durch Neugierige behindert wird. Die Hilfsaktion ist in vollem Gange. Der Generalgouverneur von Neuseeland stiftete 100 Pfund Sterling, das Publikum beteiligte sich in großzügiger Weise an der Sammlung der nötigen Beträge. In Palmerston (ungefähr halbwegs zwischen Napier und Wellington) sind Vorbereitungen zur Aufnahme von 5000 Flüchtlingen gemacht worden.

W.B. Wellington, 4. Febr. (Tel.) Der Waiwaki schlenkert infolge des Erdbebens mehrere Male am Tage Wasserfällen von 10 Meter Höhe hinaus.

Kleine Chronik

Das Flugboot „Do X“, das am Mittwoch von den Canarischen nach den Kapverdischen Inseln weiterfliegen wollte, wurde beim Start durch zwei heftige Sturzwellen beschädigt. Die Kabine sei — wie gemeldet wird — übrigens unbeschädigt. Da aber zu ihrer Ausbesserung Ersatzteile aus Friedrichshafen benötigt würden, sei der Wiederaufstieg zum Weiterflug nach Südamerika um zwei Wochen verschoben worden.

Montag abend gegen 6 Uhr wurde in der Umgegend von Hof (Bayern) ein erheblicher Erdstoß in südöstlicher Richtung verspürt, besonders heftig in Gumpersreuth, wo er als explosionsartiger Knall wahrgenommen wurde.

Ministerialdirektor Spieder, der frühere Reichspressechef, der jetzt im Reichsinnenministerium tätig ist, ist in Berlin-Dahlem mit seinem Auto verunglückt. Sein Wagen stieß mit einer Drochse zusammen und wurde gegen einen Laternenpfahl geschleudert. Spieder und seine Gattin wurden durch Glassplitter verletzt.

Gegen Berliner Kriminalbeamte wurde ein Strafverfahren wegen passiver Bestechung eingeleitet. Es handelt sich um zwei Kriminalbeamte, die sich unbefugt auf den Rennbahnen zu schaffen gemacht haben.

An einem Bahnübergang bei Salt Lake City (Utah) stieß ein Personenzug mit einem mit Dynamit beladenen Lastauto zusammen. Es erfolgte eine furchtbare Explosion. Das Lastauto wurde vollständig zerstört und die Lokomotive schwer beschädigt. Der Führer des Autos und sein Begleiter sowie der Lokomotivführer wurden getötet, der Heizer schwer verletzt.

Auf dem Telex-Platz in Budapest, an dem sich viele Trübsäcke befinden, explodierte eine Granate. Durch die Explosion wurden vier Personen getötet und zwölf verletzt, davon einige schwer. In Budapest wird gegenwärtig eine Meinungsaktion durchgeführt, und die Trübsäcke hatten das aus Kellern und Dachböden zusammengetragene Gerümpel aufgekauft und die Sachen vor ihren Häusern aufgehäuft. In einem dieser Häufen befand sich eine Granate.

Der Wiederzusammentritt des Reichstags

Die gestrige Dienstagssitzung

Die erste Reichstags-Sitzung im neuen Jahre am Dienstag hatte keine großen politischen Fragen zu erledigen. Nach dem von allen Abgeordneten stehend angehörten Nachruf des Präsidenten Loh auf die in der Winterpause verstorbenen Abgeordneten Gerold, David und Hofmann-Kaiserslautern wurde ohne Aussprache der deutsch-türkische Auslieferungsvertrag dem Rechtsausschuß überwiesen.

An den Sozialpolitischen Ausschuß ging der Einspruch des Reichsrats gegen die in der Sache schon erledigten neuen Lade-schlusbestimmungen für den Weihnachtshilfsabend 1930. Ohne große Debatte wurden auch die Berichte des Reichshauswirtschaftsausschusses über die Devisenfragen des Rechnungshofes zu den Haushaltsrechnungen für 1925, 1926 und 1929 genehmigt. Ein nationalsozialistischer Antrag, der nähere Auskünfte über die Verteilung der für den Republiktag und die Verfassungsfeier bestimmten Etatsmittel verlangte, wurde gegen die Rechte abgelehnt.

Die Vorlage über die Entschädigung der gewerkschaftlichen Stellenvermittler wurde nach kurzer Aussprache dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen. Nach dieser Vorlage sollen nur die Vermittler für Arbeiter, Bühnengehörige, Chor-, Tanzpersonal und Musiker eine Varentschädigung erhalten, während für die übrigen Stellenvermittler die Entschädigung dadurch abgelöst wird, daß sie ihren Betrieb bis zum 30. Juni 1933 fortführen können.

Gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschen und der Kommunisten wurde der Einspruch zurückgewiesen, den die Nationalsozialisten Kasche und Dr. Goebels gegen die Ordnungsmassnahmen erhoben hatten, die vom Präsidenten in einer früheren Sitzung gegen sie durchgeführt worden waren.

Schließlich wurde nach kurzer Aussprache und unter Ablehnung von deutschnationalen und nationalsozialistischen Änderungsanträgen in zweiter und dritter Beratung der Gesetzentwurf angenommen, der die Erhaltung von Kriegswohlfahrtsausgaben an die Länder und Gemeinden regelt.

Die heutige Mittwochs-Sitzung soll um 3 Uhr nachmittags beginnen. Auf ihrer Tagesordnung stehen kleinere Vorlagen und Anträge.

Die Reform der Geschäftsordnung des Reichstags

Einigung über gemeinsame Anträge

Die Verhandlungen der Reichstagsparteien über eine Verschärfung der Geschäftsordnung sind am Dienstagabend in einer neuen Besprechung unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Loh zum Abschluß gebracht worden. Alle Reichstagsfraktionen, mit Ausnahme der Nationalsozialisten, der Deutschen und der Kommunisten werden als Ergebnis dieser Verhandlungen schon am heutigen Mittwoch Anträge einbringen, die den gestern bereits flüchtigen Inhalt haben. Außer den bereits mitgeteilten Änderungen verschiedener Paragraphen der Geschäftsordnung ist auch eine Änderung des Redaktionsgesetzes vereinbart worden, die verhindern soll, daß Parlamentarier noch als verantwortliche Redakteure zeichnen und sich hinter ihre Immunität verbergen können. Ferner ist beschlossen worden, Anträge zur Genehmigung von Strafverfolgungen künftig grundsätzlich zu genehmigen. In allen vorliegenden Fällen soll mit einem Schlags die Aufhebung der Immunität beschlossen werden.

Kurze Nachrichten

Der württembergische Finanzminister zur Frage eines Groß-Württemberg. Der württembergische Finanzminister Dehlinger besuchte sich in Calw in einer Versammlung des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins mit der Frage der Schaffung eines Staates Groß-Württemberg. Er erklärte, die von badischer Seite stammenden Vorschläge der Vereinigung von Baden und Württemberg in einen Staat Groß-Württemberg seien aus wirtschaftlichen, politischen und verwaltungsmässigen Gründen abzulehnen, weil sie eine viel zu große Belastung für Württemberg bringen würden.

Der Bischof von Aachen. Der Papst hat den Domprobst von Köln, Dr. Joseph Vogt, zum Bischof von Aachen ernannt. Die Ernennung erfolgte gemäß dem Konfordat nach der Wahl von Seiten des Domkapitels von Aachen von drei vom St. Stuhl vorgeschlagenen Kandidaten.

Ein Mitglied der Labour-Party reist nach Berlin. Nach einer Notiz des „Daily Herald“ ist der Abg. Major A. D. Church, der der Arbeiterpartei angehört, von London nach Berlin abgereist. „Daily Herald“ zufolge, ist es Churchs Absicht, in Berlin mit maßgebenden Persönlichkeiten in Fühlung zu treten — das Blatt nennt die Namen Reichszankler Dr. Brüning und Reichsminister Trebitsch. Als Thema der Unterhaltungen, die er herbeizuführen gedenkt, wird von dem Organ der Arbeiterpartei der Komplex der Kriegsschuldenfragen genannt.

William Kiffin Banderbild, der Chef der amerikanischen Milliardenfamilie, ist auf seiner Yacht „Ara“ in Kiel eingetroffen. Er läßt sich dort auf der Germania-Berft eine neue Dampfboot bauen, die den Namen „Alpha“ trägt und die das luxuriöseste Boot sein wird, das je die Meere befahren hat. Er will sie in Kiel abnehmen, um auf ihr die Reise nach dem Mittelmeer anzutreten.

Der König Sir Henry Deterding, der Berlin nach kurzem Besuch wieder verlassen hat, hat auch die Museen einer eingehenden Besichtigung unterzogen. Besonders interessierte ihn die neue Museumsanlage des Bergamon-Museums und der Wiederaufbau des Marktores von Milet. Um seiner Dankbarkeit Ausdruck zu geben, überwies er Geheimrat Wiegand die Summe von 10 000 RM für die Zwecke der Förderung des Museums.

Die Verlobung des Prinzen Lennart

Der Marschall des Königreichs Schweden veröffentlicht in Stockholm eine Mitteilung, wonach der König der Ansicht ist, daß er unmöglich seine Zustimmung zur Ehe des Prinzen Lennart mit einer bürgerlichen Dame geben könne. Nach Bestimmungen der Regierungsordnung und der Nachfolgeordnung dürfe ein Prinz des Kgl. Hauses ohne Wissen und Zustimmung des Königs nicht heiraten. Prinz Lennart habe seine Absicht, zu heiraten, bekanntgegeben, ohne vorher die Zustimmung des Königs eingeholt. Wie von anderer Seite verlautet, ist Prinz Lennart bereit, alle Konsequenzen aus seiner Heirat mit Fräulein Nisjwaand zu tragen. Der Zeitpunkt der Hochzeit ist noch nicht festgesetzt. Prinz Lennart erklärt, er beabsichtige, seine landwirtschaftlichen Studien zu Ende zu führen und sich in ungefähr einem Jahre mit Fräulein Nisjwaand trauen zu lassen. Er werde sich dann auf der Insel Watanan im Bodensee als Landwirt niederlassen. Seine Verlobte treibe gegenwärtig deutsche Sprachstudien, um sich auf ihr künftiges Leben vorzubereiten.

Der Antrag des Staatsanwalts im Tausendprozent

W.B. München, 4. Febr. (Tel.) Im Tausend-Prozent des heute Staatsanwalt Dr. Schäfer mit seinem Staatsanwalt, bis heute sei es noch niemand gelungen, Gold künstlich herzustellen. Obwohl die technischen Kenntnisse des Angeklagten die eines Laien nicht überstiegen, habe er sich an unlösliche Probleme herangemacht. Alle seine Erfindungen seien bei der wissenschaftlichen Nachprüfung als unbrauchbar befunden worden. Daß Tausend an seine Erfindung selbst nicht geglaubt habe, gehe daraus hervor, daß er mit unredlichen Mitteln gearbeitet habe. Nach dem Gutachten der Sachverständigen sei das erzielte Gold zweifellos hinzugefügt worden.

Der Staatsanwalt beantragte wegen des fortgesetzten Verbrechens des Betruges zum Schaden der Mitglieder der Gesellschaft 104 und des Studienvereins insgesamt eine Gefängnisstrafe von 6 Jahren, abzüglich einer Untersuchungshaft von einem Jahr 6 Monaten. Wegen der Niedrigkeit der im Falle Reinhold bewiesenen Gefährdung verlangte der Staatsanwalt für den Angeklagten 5 Jahre Ehrverlust.

Die Todesurteile gegen die Verschwörer von Venemen wurden in Angora gegen 28 Angeklagte bestätigt. Nur in vier Fällen wurden die Todesstrafen in Gefängnis umgewandelt. Die Todesstrafen sind vollstreckt worden.

Badischer Teil

Die Steuerdebatte im Landtag

(15. Sitzung.)

D.3. Karlsruhe, 3. Februar 1931.

In der Nachmittags-Sitzung berichtet Abg. Dr. Mattes (D. Vp.) über weitere Anträge zur Steuerfrage. Das Notgesetz über:

die Bürgersteuer

soll genehmigt werden. Die Regierung soll dahin wirken, daß die angekündigte Vorlage einer

Neuregelung des Finanzausgleichs

zwischen Reich, Ländern und Gemeinden tunclichst beschleunigt wird, und dieser Ausgleich Rücksicht nimmt auf die Lebensinteressen und die großen kulturellen Aufgaben des Grenzlandes Baden und auf die durch die gewaltigen Fürsorgekosten in eine schwierige Lage geratenen Gemeinden.

Abg. von Au (Wirtschaftsp.) erörtert Bericht über den nationalsozialistischen Antrag betr. Entwurf eines Gesetzes über Ausschüttungssteuer und Dividendensteuer. Der Antrag des Ausschusses geht dahin, den genannten Antrag durch Einbringung eines gleichlautenden Antrages im Reichstag für erledigt zu erklären.

Abg. Dürr (Soz.) begründet eine förmliche Anfrage wegen Kontingentierung der Tabaksteuer.

Abg. von Au (Wirtschaftsp.) erhält dann das Wort zur Begründung seines Antrages, die Regierung solle bei der Reichsregierung dahin wirken, daß

die Gebäudesteuer

aufgehoben wird. Er verkennt nicht, daß diese Steuer im Augenblick nicht beseitigt werden kann. Viel wäre aber erreicht, wenn sich der Landtag auf den Boden stellen wollte, daß die Gebäudesteuer ein Unrecht gegenüber dem Mittelstand und Hausbesitz darstelle. Müßte man sich nicht, so werde man nie von der Steuer loskommen. Sie sei das größte wirtschaftliche Unglück nach der Inflation gewesen, weil sie sich als das bequemste Mittel erwiesen hätte, um Ausgaben ohne Kontrolle machen zu können. Der Antrag Dr. Waelbin, Teile des Aufkommens für die Pflege des Altmohnungsbaus zu verwenden, sei berechtigt. Der Redner wendet sich gegen die Veredelung der Gebäudesteuer und insbesondere gegen den § 7a.

Ministerialrat Dr. Kirchhäger teilt in Beantwortung der sozialdemokratischen förmlichen Anfrage zur Tabaksteuer mit, daß der Reichsfinanzminister am Normalbedarf für Dezember 1930 grundsätzlich festhält, aber in einer Anweisung an die Landesfinanzämter verfügt hat, den Bedürfnissen im Einzelfalle, namentlich soweit kleine Betriebe in Frage kommen, weitgehend Rechnung zu tragen.

Abg. Dr. Föhr (Zentr.) leitet seine Rede mit Dantesworten an den Berichterstatter Egler für seine mühevollen Arbeit ein. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Vorschläge der Spar-Kommission zu verantwortungsbewußten Entschlüssen im Hause führen werden, und eine Schädigung der Lebensinteressen unserer Bevölkerung vermieden wird. Durch den § 7a sei in der Tat eine gewisse Anruhe im Lande entstanden, weil dieser Bestimmung da und dort eine vom Gesetzgeber ungewollte Auslegung gegeben worden sei. In einer Polemik gegen den Abg. von Au stellt Abg. Dr. Föhr fest, daß die Gebäudesteuer eine Inflationsgewinnsteuer sei, die auf der Friedensmiete von 1914 aufgebaut sein müsse. Die Frage, ob wir auf die Einnahmen aus dem ominösen § 7a verzichten können, werde man erst entscheiden können, wenn die Vorschläge der Spar-Kommission vorliegen. Vorher habe man keinen Grund dafür, daß eine Inflationsgewinnsteuer nicht in alle Ewigkeit erhoben werden kann, sei ohne weiteres klar. Meinungsverschiedenheiten beständen nur hinsichtlich des Zeitpunktes ihrer Aufhebung. Es sei zu bedauern, daß uns die Notverordnung vom 1. Dezember die Möglichkeit genommen hat, die erste Etappe des Abbaues vorzunehmen. Dem im Antrag Dr. Waelbin enthaltenen Gedanken betr. Erhaltung und Umbau von Altmohnungen könne man durchaus beipflichten.

Das Steuervereinfachungsgesetz

wie es in die Notverordnung aufgenommen wurde, sei leider kein Rahmengesetz mehr; würde es in dieser Fassung bestehen bleiben, so hätte das Land Baden keinen Einfluß auf die Realsteuererhebung mehr. Für uns würde durch Wegfall der sozialen Staffelung eine bedenkliche Verschiebung der Lasten eintreten. Hier heiße es bestmögliche Vorbeugen, um nicht weitere Anruhe in die Bevölkerung hineinzutragen. Die regionalen wirtschaftlichen Verhältnisse müßten berücksichtigt und die Kompetenzen der Ländern belassen werden. Die Notverordnung vom 1. Dezember bedürfe wegen ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen dringender der Abänderung.

Der Redner hofft zum Schluß, daß die durch die Tabaksteuererhöhung in Baden verursachten wirtschaftlichen Erschütterungen nur vorübergehend sein werden. Den Tabakfabrikanten Entschädigung, den Angestellten und Arbeitern aber Unterstützung zu geben, eine derartige Klassifizierung lehne das Zentrum ab.

Reform der Geschäftsordnung

Präsident Düffner teilt mit, daß ein Antrag Dr. Baumgartner (Zentr.)-Maier (Soz.)-Dr. Mattes (D. Vp.) eingegeben sei, dahingehend: Das Finanzgesetz für 1930/31 erhält folgenden Zusatz zu Artikel III:

Erhöhung von Ausgabenposten und Minderung von Einnahmeposten sind nur zulässig bei Deckung der entstehenden Ausfälle.

Bei den Ringern im Karlsruher Colosseum

Die Ausscheidungskämpfe zur Weltmeisterschaft 1931 gehen bis Mitte Februar weiter.

Es ist ein weiter Weg, sollte man wenigstens meinen, vom klassischen „griechisch-römischen“ Ringkampf bis zu seiner heutigen Form, obwohl er noch immer unter diesem offiziellen Titel und in der fast gleichen Weise ausgetragen wird. Aber wenn auch die einstigen Voraussetzungen von Schönheit und Kraft vielleicht nicht mehr ganz zutreffen, und somit der rein ästhetische Wert etwas herabgemindert wurde, so hat andererseits gerade infolge der jetzt zu beobachtenden Überbetonung des Körperlichen — wie bei allen Sportarten übrigens — auch diese athletische Betätigung manches wieder von ihrer urmenschlichen Bedeutung zurückgewonnen, die vorübergehend vergessen worden oder in argen Mißtreiben geraten war.

Gewiß, der äußere Zuschnitt ist ein bißchen Sensation, und muß es zunächst wohl sein, um in unserer gehegten Zivilisation die nötige Anziehungskraft zu sichern. Weil gegenwärtig meist nur Männer von Beruf wegen ihrer ungewöhnlichen Körperkräfte auf solche Weise zu messen pflegen, kann man sich auch leicht denken, daß sie nicht jedesmal das Allerbeste ergeben. Der Steinzeit sind wir ja glücklich entronnen, wo es zwischen zwei Krieger, wenn sie aneinandergerieten, stets auf Leben oder Tod ging, auch jene Tage sind verflöhen, wo Sklaven bis zur völligen Erschöpfung in einen Zweikampf gepeitscht und dadurch den niedrigsten Instinkten ihrer Zuschauer ausgeliefert wurden. Wer heute noch Ähnliches erleben will, der muß zum — Stierkampf gehen, aber nicht unter sporttreibende Leute. Denn der Ringkampf ist immerhin ein Sport und des Schweißes derer schon wert, die allabendlich ihn ausüben. Es ist überhaupt besser, gelegentlich bei diesen hartaussehenden Gefellen zu weilen, als bei einem den Sechstagererennen auszuhalten, haben sie doch zumindest den Vorzug, daß sie auf ihre körperliche Gesundheit allein, auf ihre durchtrainierten Muskeln und auf sehr große geschmeidige Geschicklichkeit vertrauen.

Und es sind heute zudem bei jedem Einzelkampf so viele Regeln zu beachten, daß es schon eine Kunst ist, in den erlaubten und nichtgestatteten Griffen und Kniffen sich genau auszukennen. Auch das erklärt, warum nur Profis sich mit Erfolg seiner Strategie bedienen dürfen, ganz abgesehen davon, daß herkulische Körperbildung eben eine nicht minder wichtige Grundbedingung ist. Wenn die robusten Kämpfer so abends in Reih und Glied aufmarschieren, ist es deshalb für den Durchschnittsmenschen keine geringe Überraschung zunächst, so unheimlich viel nacktes Fleisch betrachten zu müssen, und doch wird nicht bloß ein Malerauge bald begreifen, daß in jedem dieser mehr als 200 Pfund schweren Kolosse eine zwar mitunter recht primitive, aber dennoch selbstverständliche Frische steckt. Das verbirgt weder der pathetisch steife Schritt des einen, noch die betonte Rüstigkeit des anderen, der vielleicht gerade dadurch meint, die Vorzüge seines gebührend bewunderten Körperbaues besonders zur Schau stellen zu können. Schnell ändert sich überdies das Bild, sobald auf den schrillen Pfiff des Schiedsrichters die trägen Massen in wirkliche Bewegung kommen, sobald gleich beim ersten Kampf sich zeigt, daß die beiden Gegner durchaus nicht

nur theoretisch ein Reglement zu illustrieren, sondern in der Tat praktisch ihre maskuline Überlegenheit zu erweisen haben. Da ist plötzlich kein Platz mehr für Gefühlsduselei und Schlappheit, da entscheidet ausschließlich die größere Energie, manchmal auch eine brutale Kaltblütigkeit, obwohl die Hochqualifizierten oft diejenigen sind, die ihres persönlichen Heldentums absolut eingedenk bleiben und selbst mit einem schwächeren Partner doch recht glimpflich verfahren. Das sind dann jene sagenhaft schönen Arenakämpfe, die durch ihre bis zur äußersten physischen Anstrengung bewährten tadellosen Manieren wirklich Einiges zur „Verbesserung des Ringkampfes“ beitragen.

Natürlich gibt es wie überall, so auch bei den Ringern etliche Geißsporne, denen übertriebene Korrektheit fremd ist, oder wieder solche, die einem gefährlichen Zugriff gegenüber sich stets defensiv verhalten und sich ihm durch eine mehr oder minder billige Theatergeste zu entwinden wissen. Beide zählen nicht zu den erklärten Lieblingen des Publikums, das also immerhin für die Feinheiten der Technik ein gutes Augenmerk hat, andererseits sind es aber doch diese grotesk-gegründeten unterentwickelten Männer, die schon psychologisch das höchste Interesse und das meiste Vergnügen bereiten. Wenn irgendwo, so kommt überdies hierbei auch das Blut der Zuschauer in bestiger Wallung. Die Leute, die zu Hunderten im Saal sitzen, ergreifen Partei, erheben sich jauch und leidenschaftlich und machen ihrer Mißstimmung über vermeintlich unfaire Handlungen nicht nur durch spitze Zurufe, sondern gelegentlich sogar durch Bierteller Luft, die aufs Podium fliegen. Man kann sogar ältere Herren beobachten, die so hingekiffen sind, daß sie am liebsten selbst auf die Bühne steigen würden, um dort nach dem Rechten zu sehen, obwohl dafür ja eigentlich nur der Schiedsrichter zuständig und verantwortlich ist; andere wiederum sind keineswegs zu befähigten, auch wenn sie einen eventuellen Verstoß überhaupt schwerlich von ihrem Platz aus durchschauen oder gar einwandfrei beurteilen konnten.

Jedenfalls hat es schon einige Berechtigung, daß man von den Ringkämpfen wieder jenseitig Aufhebens macht, und es wäre vor allem ganz unbillig die Verachtung derjenigen, die sich diese Tätigkeit als Erwerbstätigkeit erwählt haben, wollte man nur in häßlichen Worten davon reden. Denn was sie da öffentlich tun, erzeugt dabei doch jede so intensive Hochspannung, weil sich dabei doch jeder bewußt wird, wie auch er seinen jahrelang unterdrückten und unterschlagenen Körper hätte ausarbeiten sollen. Zwar mag einem dann und wann der Appetit vergehen, wenn's gar zu menschlich ausdünstet und nicht mehr gut riecht, im ganzen überwiegt aber die naive Freude am Kampfspiel, überwindet der uns nun einmal eingeborene Instinkt für Anschauung schnell das Unangenehme und fordert gebieterisch Anteilnahme an dem Geschehen und ehrliche Sympathie entweder für den stolzen Sieger oder für seinen — zufälligerweise nur heute vielleicht — so unglücklichen Rivalen.

Der heutige Großkampfabend verspricht wieder sehr lebhaft zu werden, da allein drei Entscheidungskämpfe stattfinden, und zwar Thomson — Kisch, Schachschneider — Kop, sowie Dürus — Stolzenwald. Ferner ringt der neu hinzugekommene Chaim Wildmann gegen Nabor.

Spendenverteilung der Notgemeinschaft. Der Arbeitsausschuß der Karlsruher Notgemeinschaft hat beschlossen, sämtlichen nach dem 31. Januar zur Anmeldung kommenden Bedürftigen vorerst nur noch mit Drifetts und dem Lebensmittelgutschein IV zu beliefern. Es erhalten die Gruppe A 3 Zentner Drifetts und 1 Lebensmittelgutschein, B und C 2 Zentner Drifetts und 1 Lebensmittelgutschein, D und E 1 Zentner Drifetts und 1 Lebensmittelgutschein, F, mit eigenem Haushalt, 1 Zentner Drifett und 1 Lebensmittelgutschein. Gruppe F ohne eigenen Haushalt wird mit Essensgutscheinen bedacht.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Die mitteleuropäische Störung wurde von den aus Osten vordringenden Kaltluftmassen ins Mittelmeer gedrängt. Wir sind damit in den Bereich der Ostströmung gelangt. Unsere Bitterung wird von der über Nord- und Mitteleuropa liegenden Hochdruckbrücke bestimmt. Voraussage: Bei östlichen Winden zeitweise noch Schneefälle, dann aufheiternd, weiterer Temperaturrückgang.

Wassersstände: Wadbad 238 minus 2, Bafel 50 unbedeutend, Schusterinsel 102 minus 6, Keßl 265 minus 7, Marau 462 minus 11, Mannheim 398 minus 21, Caub über 200 Zentimeter.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Umlage zur Gebäudeversicherungsanstalt für das Geschäftsjahr 1930 auf 13 Pf. von je 100 RM Versicherungssumme festgesetzt worden. Die Umlage ist in zwei Teilbeträgen zu entrichten, die erste Rate auf 1. März 1931, die zweite Rate auf 1. Juli 1931; beträgt die Umlage 5 RM oder weniger, so ist sie binnen einer Woche in ganzer Summe zu bezahlen. Bei nicht rechtzeitiger Zahlung der Umlage erfolgt Voreinziehung. In der festgesetzten Umlage ist die Reichsversicherungssteuer, die von dem Versicherungsnehmer zu tragen ist, inbegriffen. Karlsruhe, den 3. Januar 1931. Der Minister des Innern S. Witte mann.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten des Reichsministeriums des Kultus und Unterrichts: Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand: Hauptlehrer Karl Greber in Heidelberg. Zur Ruhe gesetzt: Oberlehrer Julius Schmidt in Lauterbach, Amt Weinsheim, bis zur Wiederherstellung der Gesundheit. Gestorben: Maschinist Georg Gühndörfer bei der Universität in Freiburg i. Br.

Auch für Sie, mein Herr,

hat die Weiße Woche einen Sinn

- Elegantes Popelinhemd durchgehend gemustert 3,90
- Weißes Oberhemd mit modernem Einsatz 2,60
- Oxford Sporthemd mit passendem Binder 3,90
- 3 Stück Stehumlegkragen weiß, 4 fach -90
- 3 Stück Halbsteife Kragen 1,—

BURCHARD

Wir werben für Sie!

Wie werde ich reich und glücklich?

Versuchen Sie es doch mal mit einem Los aus meiner Kollekte!

Ziehung der Haupt- u. Schlußklasse vom 9. Febr. bis 14. März

Kauflosse noch vorrätig	1/2	1/4	1/8	1/16	Los
25,—	50,—	100,—	200,—	400,—	RM.

Hauptgewinne: 500 000, 300 000, 200 000, 100 000 RM. usw. 958

Bernhard Goldfarb, Staatlicher Lotterio-Ernehmer
Kaiserstraße 181, Ecke Herrenstraße, im Herrenmode-Geschäft Josef Goldfarb

Die Maul- und Klauenseuche in Stupferich ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen werden aufgehoben.

Karlsruhe, den 2. Februar 1931. R. 267
Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion IV.

Die Maul- und Klauenseuche in Karlsruhe-Darlanden ist erloschen.

Karlsruhe, den 2. Februar 1931. R. 268
Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion B.

N. 422, Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren über das Vermögen des Bernhard Kamphues, Uhrmacher und Juwelier in Karlsruhe, Ludwigsplatz, wurde nach erfolgter Bestätigung des Vergleichs vom 29. Januar 1931 aufgehoben. Karlsruhe, den 31. Januar 1931.

Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 6.



Badisches Landestheater

Donnerstag, 5. Febr. 1931

* D 17. (Donnerstagnamie)

Th.-Gem. 1301—1400

Der Evangelimann

Musikalisches Schauspiel von Stenzl

Dirigent: Keilberth

Regie: Pruscha

Mitwirkende:

Haberhorn, Seiberlich, Bauer

Durt, Kilian, J. Gröbinger,

Hofpach, Kalmbach, Kiefer,

Löfer, Schoepflin, Zillen,

Kilian

Anfang 19^{1/2}, Ende 22

Preise C (1—7 RM)

Fr. 6.2. Elisabeth v. England.

Sa. 7.2. Nachm.: Wilhelm

Tell. Abends: Das Konto X.

So. 8.2. Nachmittags: Meine

Schwester und ich. Abends:

Neu einstudiert: Die Hugenotten. Im Kongertshaus:

Wie werde ich reich und glücklich?

PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATER
DOSENHEIM A. B. REICHT
LIEFERT AUS SCHLOSS- U.
HECKENMARKBRUCH
ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU- MATERIAL

Gemeinde-Spartasse Malsch (N. Ettlingen)

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	18 763,42	1. Spareinlagen	1 661 913,71
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Post-scheck	14 978,47	2. Aufwertungs-Spareinlagen	523 384,89
3. Wertpapiere	—	3. Giro- und Kontokorrent-einlagen	65 561,64
4. Wechsel	39 387,75	4. Sonstige Einlagen	—
5. Darlehen a. Hypotheken	1 129 850,—	5. Anlehensschulden	50 000,—
6. Grundstückskaufgelder	5 022,—	6. Ausgabe-Rückstände	—
7. Darlehen in fdb. Rechnung an Private	113 016,84	7. Rücklagen:	
8. Darlehen a. Schuldschein	486 545,—	a) gesetzl. Reservefonds	82 956,01
9. Darlehen an Gemeinden und Spargiroverband	112 800,—	b) Aufwertungs-fonds	87 368,40
10. Aufwertungs-forderung	493 378,83	8. Reingewinn	39 378,27
11. Einnahmerückstände	46 819,70		
12. Grundstücke u. Gebäude	—		
13. Gerätschaften	1,—		
	2 460 563,01		2 460 563,01

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 1 727 476,35 RM Einlagen
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930
mithin weniger

138 198,03 RM
122 334,28 RM
15 863,75 RM

Malsch, den 27. Januar 1931. R. 255
Der Geschäftsleiter: Dehler, Bürgermeister.
Der Verwaltungsrat: Schindler, Rechner.

Druck G. Braun, Karlsruhe.